

Die SPD und die gute Schule

»Ein Kind hat drei Lehrer: Der erste Lehrer sind die anderen Kinder. Der zweite Lehrer ist der Lehrer. Der dritte Lehrer ist der Raum.«

Geflügeltes Sprichwort aus Schweden

In Hamburg kämpfen wir immer noch um die Ausstattung der SchülerInnen mit hinreichendem Personal. Aber wie sieht die räumliche Seite aus? Wie muss das Raumprogramm für Schulen aussehen, in denen ein neuer Unterricht *ge-* und *erfunden* werden kann, in denen *alle* Lernformationen und Lernrichtungen ausdrücklich eine gleichberechtigte Chance haben?

Es sind zwei Forderungen zu stellen. Die Hauptforderung: Fläche, Fläche noch einmal Fläche. Andere Länder sind uns an dieser Stelle weit voraus. Auch hier ist Deutschland auf den hinteren Rängen! Die zweite Forderung: flexible, gliederbare Räume, die vielfältige Arrangements zulassen. Wir brauchen große und kleine Einheiten – in denen der einzelne nicht verloren geht und alle zusammenkommen können, in denen jeder für sich in Ruhe arbeiten, ausprobieren, Werkstücke herstellen kann, in denen kleine Gruppen sich in ihren Arbeit gegenseitig unterstützen können, in denen SchülerInnen sich in der großen Gruppe gegenseitig ihre Ergebnisse zeigen können.

Die Antwort der aktuellen Schulpolitik?

Schon 2009 wurde der aktuelle Instandhaltungszustand an den staatlichen Hamburger Schulen nach behördeninternen Berechnungen auf mehrere Mrd.

Euro geschätzt. Die wichtigsten Kennziffern sind:

- Sanierungs- und Neubedarf bei Schulen laut Rechnungshof ca. 4,1 Mrd. Euro;
- Wert der an das Sondervermögen Schulbau Hamburg übertragenen Schulimmobilien: Nach einer Neubewertung durch den SPD-Senat musste 2012 deren Wert wegen des schlechten Zustands vieler Schulen um 740 Mio. Euro auf nunmehr 3,2 Mrd. Euro nach unten korrigiert werden.

Der SPD-Senat hat jetzt ein Programm aufgelegt, nach dem bis 2019 etwa zwei Mrd. Euro in etwa gleichen Teilen in die Sanierung und in Neubauten investiert werden sollen. »Wir beenden nun das Durcheinander der Wünsche, Vorstellungen und Pläne«, sagte Schulsenator Rabe. »Im Rahmenplan wurden erstmals alle Einzelpläne und Wünsche nach Dringlichkeit und Machbarkeit geordnet.« So sollen mehr als 1.600 neue Unterrichtsräume gebaut und sämtliche Ganztagschulen mit rund 170 Kantinen ausgestattet werden. Mehr als 150 Mio. Euro fließen in Sport- und Gemeinschaftsflächen.

Mit den avisierten zwei Mrd. Euro wird also höchstens die Hälfte der dringend notwendigen Investitionen aufgebracht. Auf die lange Bank geschoben werden dafür zahlreiche Sanierungsmaßnahmen an renovierungsbe-

dürftigen Schulgebäuden. Die darüber hinaus benötigten zwei Instandsetzungs-Milliarden stellt Rabe den Schulen bis 2027 in Aussicht.

Wie aber sollen die immerhin zwei Mrd. Euro vor dem Hintergrund von Schuldenbremse und Deckelung der Ausgaben aufgebracht werden? Drei Antworten sind der Hamburger Sozialdemokratie dazu eingefallen.

Mobile Unterrichtsräume

Sage und schreibe 40 Mio. Euro kann »Schulbau Hamburg« in den kommenden zwei Jahren für den Kauf sogenannter mobiler Klassenräume ausgeben. Bei einem Stückpreis von 190.000 Euro wären also bis zu 210 Container finanzierbar. Schon zum Schuljahresstart hatte die Behörde kräftig in Lernkisten investiert, kaufte 67 Stück für 12,7 Mio. Euro.

Begründung: Kaufen sei bei mehrjähriger Nutzungsdauer billiger als mieten – und die ist angesichts der Raumnot an Hamburgs Schulen so sicher wie das Amen in der Kirche. Derzeit lernen rund 10.000 SchülerInnen in 435 Containern. Schöpft »Schulbau Hamburg« seinen Etat voll aus, könnten es in zwei Jahren bis zu 14.500 Kisten-Kinder sein. Behörden-Sprecher Peter Albrecht: »Nein, wir rechnen bis 2014 nur noch mit wenigen zusätzlichen Containern.«

Das nächste **Treffen** der GEW/verdi – **Arbeitsgruppe Schulbau und Privatisierung** mit Joachim Bischoff und Bernhard Müller findet statt am:

**Donnerstag,
18. November**

17.00-19.00 Uhr in den Räumen der GEW.

InteressentInnen sind herzlich dazu eingeladen, bitte kurz anmelden unter: info@gew-hamburg.de

Einsparen von Flächen

Der SPD-Senat plant, die Fläche der Schulen in Hamburg, derzeit etwa drei Mio. Quadratmeter, um zehn Prozent zu reduzieren. Das geht aus der Senatsdrucksache »Neuausrichtung von Bau und Bewirtschaftung der staatlichen Schulimmobilien« (Drucksache 20/5317) hervor. Künftig werde mit zwölf Quadratmeter pro Schüler kalkuliert. Ein Sprecher der Schulbehörde bestätigt, dass geplant sei, diese Überkapazitäten anderweitig zu vermieten – etwa an Volkshochschulen, Vereine oder staatliche Beratungsstellen wie Rebus – oder zu verkaufen.

An Hamburgs Schulen wird es also in Zukunft noch enger werden. Von den derzeit etwa drei Mio. Quadratmetern Fläche sollen beim Umbau rund 300.000 Quadratmeter wegfallen – und das, obwohl zurzeit rund 10.000 Kinder wegen der Raumnot an Hamburgs Schulen in Containern lernen müssen. Die Hoffnung auf Effizienzgewinne durch Modernisierung stützt sich auf die Erfahrungen von GWG Gewerbe bei der Sanierung der Schulen im Hamburger Süden (»Modell Hamburg Süd«), widerspricht allerdings »den bisherigen Erfahrungen von Schulbau Hamburg«, wie es in der Senatsdrucksache ausdrücklich heißt.

Hinter den Senatsplänen steht das Ziel, Geld einzusparen und die Mittel für die Bewirtschaftung der Schulen effizienter einzusetzen. Die Schulbehörde zahlt Schulbau für die Nutzung der Schulen objektbezogenen Miete. Und »jede Sanierungs- oder Zubaumaßnahme führt zu einer Erhöhung der Miete«, wie es in der Drucksache heißt. 2013 sind für die Anmietung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen laut Senatspapier 347 Mio. Euro veranschlagt, 2017 sind es schon 375 Mio. Euro. Wird die Fläche nun um zehn Prozent reduziert, könnten Ausgaben von fast 40 Mio. Euro eingespart werden,

so das Kalkül. Zudem kann man dann den »überflüssigen Schulraum« verkaufen. Zielmarke ist zunächst eine Miete von zwölf Euro pro Quadratmeter und Monat.

Der Schulbau soll vordergründig effizienter und kostengünstiger werden. Kostengünstig heißt: Die Hansestadt hat Schwierigkeiten, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Vor dem Hintergrund des Spardiktats hat sich die SPD-Regierung darauf verständigt, auch im Bildungsbereich einen Sparkurs zu praktizieren und die Verbesserung des desolaten Zustands der Schulen durch eine Neuorganisation des Immobilienmanagement für die Schulen voranzubringen.

Neuorganisation der Verwaltung

Ab 1.1.2013 soll eine Neuorganisation des »Sondervermögens Schulbau Hamburg«, das erst 2009 gegründet worden ist, greifen. Ziel ist, vor dem Hintergrund knapper Finanzmittel bei Sanierung/Neubau und Unterhaltung drastisch zu sparen. In der Behördensprache: »Ziele der Neuausrichtung im Schulbau sind eine effizientere Wahrnehmung der immobilienbezogenen Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben und ein effektiverer Einsatz öffentlicher Mittel.«

a) Das neue *Sondervermögen*

Schulimmobilien

- bleibt im Besitz der Schulimmobilien;
 - nimmt Kredite auf für die Finanzierung von Sanierung/Neubau;
 - erhält Zinsen für aufgenommene Kredite (via Landesbetrieb SBH Dienstleistungen), die in der von den Schulen zu bezahlenden Miete enthalten sind;
 - kann Schulimmobilien verkaufen.
- b) Sanierung/Neubau und Unterhaltung der Schulen werden zukünftig über den neu gegründeten *Landesbetrieb SBH Dienstleistungen* (neu) und die *GWG Gewerbe*, die aus der SAGA ausgegliedert und als Immobiliendienstleister an die städtische Konzernholding, die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV), verkauft wird, abgewickelt. Ihre Kernaufgaben:
- Gesamtplanung und Durchführung von Zubau, Ersatzbau und Sanierung des gesamten Bestandes in den nächsten 15 Jahren auf Grundlage der Bedarfsplanung des Mieters und den Rahmenbedingungen des Eigentümers, Gewährleistung der Qualitätsstandards und der Werterhaltung im



Schulbau in Hamburg

Rahmen des Lebenszyklus, Gewährleistung eines Betriebswesens gegenüber Eigentümer und Mieter, regelmäßige Konsultationen zur Investitionsplanung und zu weiteren Grundsatzthemen auf Leitungsebene von BSB und SBH Dienstleistungen/GWG Gewerbe, Instandhaltungsplanung/Lebenszyklusplanung in Abstimmung mit allen Beteiligten,

- Nachhaltige und wertorientierte Bewirtschaftung der Schulimmobilien,
- Abschluss /Verwaltung von Mietverträgen,
- Beratungsleistungen gegenüber Eigentümer, BSB und Schulen,
- Vermietung von Flächen an Drittnutzer in Abstimmung mit der BSB,
- Aufbau und Pflege eines gemeinsamen Datenhaltungssystems von Mieter, Dienstleister und Eigentümer unter Nutzung vorhandener Daten und Strukturen sowie unter Berücksichtigung des Informationsbedarfs der Beteiligten.

c) Finanziert werden sollen Investitionen wie Dienstleistungen aus den Erträgen eines neuen Vermieter-Mieter-Modells, das auf einer objektbezogenen Miete basiert. Wird ein Schulgebäude saniert oder gar neu gebaut, steigt auch die Miete.

- BSB – allgemeinbildende Schulen und BSB – HIBB zahlen eine Bruttowarmmiete an die Dienstleister.
- Zur effizienteren Wahrnehmung der Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben wird ein Kennzahlensystem implementiert. Die beiden wesentlichen Kennzahlen sind der Flächenbedarf (m²/SchülerIn) und die Brutto-Warmmiete (Euro/m²). Auf der Grundlage einer spezifischen Standortanalyse für jeden Schulstandort werden mit-

tels Benchmarks hinsichtlich durchschnittlicher Flächenbedarfe und Durchschnittskosten je SchülerIn und Schulart standardisierte Kostenmieten je Schulstandort entlang von Gebäudeklassen abgeleitet. Diese Kennzahlen stellen Richtgrößen für einen effizienten Mittel- bzw. Kapitaleinsatz dar. Zielorientierung ist ein Flächenansatz von durchschnittlich 12 m² Mietfläche je SchülerIn und eine Brutto-Warmmiete.

- Jeder Flächen- oder Ausstattungsmehrbedarf, der zu Kosten- und damit Mieterhöhungen führt, muss im schrittweise aufwachsenden Gesamtbudget von BSB bzw. HIBB ausgesteuert werden. Darüber hinausgehende Mehrbedarfe erfordern eine gesonderte Finanzierung (Einwerben zusätzlicher

*Der „Raum als dritter
Lehrer“ wird durch
Reduzierung der Fläche
pro SchülerIn geopfert*

Mittel oder Umschichtung im Bestand des Einzelplans 3.1).

Mit dieser Konzeption ist das Ende der Schule, wie wir sie kennen, eingeleitet.

- Die Zielgröße m²/SchülerIn ist nach unten offen, d.h., bei den 12 m² Mietfläche je SchülerIn und der Vorgabe einer Reduzierung der Gesamtfläche um 10% wird es nicht bleiben. Es gibt heute schon Richtlinien, die deutlich darunter liegen.
- »Teil des Gesamtkonzepts ist die bedarfsgerechte Reduzierung der Flächen. Die dadurch erzielten Erlöse und die Einsparung von Bewirtschaftungskosten tragen zur Finanzierung der geplanten Schulbaumaßnahmen bei.« Freiwerdende Flächen und

Gebäude können dann weitervermietet oder verkauft werden. Für die verbleibende Fläche werden die Unterhaltungskosten gesenkt.

Eine andere bisher erprobte Variante zur Behebung des Sanierungsstaus ist das ÖÖP-Projekt Modell Hamburg Süd, bei dem die GWG Gewerbe seit dem 1. Juli 2007 die Verantwortung für Bau und Bewirtschaftung für 32 allgemeinbildende Schulen aus dem Süden Hamburgs erhalten hat. Zum 1. Juli 2012 hat die GWG Gewerbe die Bewirtschaftung weiterer 14 allgemeinbildender Schulen in der Region südlich der Nordelbe übernommen. Dieses sehr umstrittene Projekt wird jetzt integriert in die Neuausrichtung von Bau und Bewirtschaftung der staatlichen Schulimmobilien.

Eine weitere Variante ist das ÖPP-Projekt Berufsschulen, in dem der private Dienstleister HEOS Berufsschulen Hamburg GmbH mit dem Bau, der Sanierung und der Bewirtschaftung von 15 berufsbildenden Schulen beauftragt worden ist. Die Verträge haben eine Laufzeit von 30 Jahren. Dabei geht es um ein Gesamtvolumen von ca. 1,5 Mrd. Euro. Die Entscheidung für eine ÖPP wird damit begründet, dass der private Dienstleister das Projekt wesentlich kostengünstiger (14%) erledigen könne als das bei Eigenerledigung der Fall sei. Allerdings sind diese »Effizienzgewinne« geschönt, da die staatliche Eigenerledigung schlecht gerechnet wird. Tatsächlich wird der Haushalt durch dieses Projekt mittel- und langfristig erheblich belastet. Ein weiterer Einwand: ÖPP-Projekte laufen auf eine Umgehung der Begrenzungslinien für öffentliche Schulden hinaus.

Mit seiner »Neuausrichtung von Bau und der Bewirtschaftung der staatlichen Schulen« geht der Senat nun allerdings einen anderen, radikaleren Weg der Kostenbegrenzung bei Sanie-

rung, Neubau und Bewirtschaftung von Schulen – und zwar in »Eigenregie«. Allein durch eine Senkung der Fläche – im ersten Schritt – um 10%, könnten gut 40 Mio. Euro gespart werden. Geopfert wird dabei der »Raum als dritter Lehrer«, das Ziel einer angemessenen räumlichen Ausstattung für eine gute Schule der Zukunft. Aber auch der »Lehrer als zweiter Lehrer« ist angesichts der geplanten Stellenabbaus im öffentlichen Dienst in Gefahr.

Die SPD verfolgt einen rigiden Sparkurs, der bis 2019 den Zuwachs bei den Ausgaben auf unter 1% begrenzen soll, um gemäß den Anforderungen der »Schuldenbremse« bis 2019 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Aus diesem Grund weigert sich der Senat, die Steuerermehreinnahmen, die auch 2012 deutlich über den Erwartungen liegen, für Investitionen in die Zukunft der Stadt zu verwenden. »Wir haben alle Mehreinnahmen, die durch die gute

Konjunktur hineinkamen, nicht wieder in Mehrausgaben umgesetzt – wie es die Vorgängerse-nate oft getan haben – sondern gesagt: Wir haben trotzdem kein Geld.« (Finanzsenator Tschentscher). Keine gute Aussichten auch für das Bildungswesen in dieser Stadt.

JOACHIM BISCHOFF/
BERNHARD MÜLLER
Ex-MdBü DIE LINKE
Redakteur „Sozialismus“



DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT HAMBURG E.V. TOWARZYSTWO NIEMIECKO-POLSKIE HAMBURG

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg lädt zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ein:

1. Nachbar POLEN in Energienöten
2. Ruch Palikota: Frischer Wind im polnischen Parlament (SEJM) und dauerhafte neue politische Bewegung?

Es sind zu Gast in Hamburg:

Robert Biedron (Jg. 1976), seit 2011 SEJM-Abgeordneter für „Ruch Palikota“ aus der Region Gdansk/Danzig. Er gilt als Energiexperte seiner Fraktion und kritisiert die neuen Atomenergie-Pläne

Beata Maciejewska (42 Jahre) ist Mitbegründerin des „Grünen Instituts“ in Polen und Fachfrau in Sachen „Regenerative Energien“.

Donnerstag, 15.11.2012, 18:00 Uhr

GEW-Räume A und B

Rothenbaumchaussee 15, 20 148 Hamburg

Wir wollen den Aufenthalt dieser beiden Experten in Hamburg nutzen, einer interessierten Hamburger Öffentlichkeit und Freunden Polens einen Einblick in deren Sicht der polnischen Energiepolitik (und möglicher Lösungsmöglichkeiten) und in die neue „Bewegung“ zu gewähren und eine Diskussion darüber zu ermöglichen.

Während Deutschland sich von der atomaren Stromerzeugung verabschieden will, plant die aktuelle polnische Regierung, ein erstes AKW bis 2020 an der Ostsee zu bauen. Diese Divergenz wirft Fragen auf.

Beide Themen und Persönlichkeiten geben in Polen sicherlich neue Impulse im deutsch-polnischen Dialog mit europäischem Blickwinkel.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an Hartwig Zillmer: ha.zillmer@web.de

Die Veranstaltung wird unterstützt von der GEW Hamburg.

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

